



h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.10.2021
*öffentlich***

Ort: Kulturtreff
Am Stadion 6
06122 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:29 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Dr.med. Detlef Wend	Ausschussvorsitzender
Ute Haupt	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Claudia Schmidt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Jan Döring	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Carsten Heym	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Beate Gellert	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Herr Steffen Kohlert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Diana Franke	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Dr. Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Uwe Kramer	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Anna Manser	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Claudia Rosa	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Christof Starke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Hendrik Kluge	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
René Moses	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Mirko Petrick	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Nico Teschner	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Susanne Willers	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jörg Lau	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Tatjana Privorozki	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Andrea Simon	Controllerin GB IV
Petra Quilitzsch	Leiterin Team Finanzen GB IV
René Lukas	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Helga Schubert	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Tobias Heinicke	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dagmar Deckwerth	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Jerome Deubel	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Toralf Fischer	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Dr. Tino Kleinert	Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Sven Bartsch
Etienne Samuel Knorre
Petra Schneutzer

Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr David Lukas Müller-Dietrich fragte, was das Lyonel-Feininger-Gymnasium Halle (Saale) als städtisches Gymnasium im Aufbau auf kommunaler Ebene tun kann, damit die Schülerinnen und Schüler sowie das engagierte fachpädagogische Kollegium durch Schulsozialarbeit unterstützt wird.

Herr Frolow sagte, dass sich die Schule bezüglich der Schulsozialarbeit einen Träger suchen muss, mit dem sie zusammenarbeiten möchte. Die Schule kann dann einen Antrag stellen, der durch das Team Jugendpflege beraten und geprüft wird. **Herr Frolow** informierte, dass momentan die Kriterien für Schulsozialarbeit zusammen mit der Jugendhilfeplanung überarbeitet werden. Er sagte, dass somit in Zukunft auch das Lyonel-Feininger-Gymnasium von Schulsozialarbeit profitieren könnte.

Frau Brederlow bezog sich auf den Punkt „Zusammenlegung der Kursstufen“. Sie teilte mit, dass hierzu die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Sachsen-Anhalt gelten. Aus diesem Grund besteht der Vorschlag der Verwaltung zur Schulentwicklungsplanung. Sie hofft, dass im Laufe der aktuellen Diskussionen Änderungen zur Schulentwicklungsplanungsverordnung erfolgen.

Herr Dr. Wend fügte hinzu, dass der geschilderte Sachverhalt von Herrn David Lukas Müller-Dietrich verständlich ist. Er betonte, dass der Jugendhilfeausschuss dahingehend unterstützen wird.

zu **Kinder und Jugendsprechstunde**

Es lagen keine Fragen zur Kinder- und Jugendsprechstunde vor.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Wend eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Dr. Wend begrüßte Herrn Jörg Lau, der durch die Abberufung von Frau Möbius für die Agentur für Arbeit Halle (Saale) als neues beratendes Mitglied im Sinne von § 71 SGB VIII im Jugendhilfeausschuss fungieren wird.

Herr Dr. Wend teilte mit, dass der Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung Vorlage: VII/2021/02870 in die Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses vertagt wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Dr. Wend** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde die gesamte geänderte Tagesordnung beschlossen.

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.09.2021
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114
- 5.2. Bildungsbeirat Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02920
- 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsbeirat Halle (Saale)(VII/2021/02920)
Vorlage: VII/2021/03176
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung Vorlage: VII/2021/02870 **vertagt**
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Vorstellung Programm Projekt YouConnect
- 8.2. Mitteilung Relaunch der Webseite Haus der Jugend
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen
- 10.1. Themenspeicher

Nicht öffentlicher Teil:

11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.09.2021
12. Beschlussvorlagen
13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
14. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Mitteilungen
16. Beantwortung von mündlichen Anfragen
17. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.09.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 16.09.2021, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlichen Beschlüsse aus der letzten Sitzung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020
Vorlage: VII/2021/03114**

Frau Brederlow führte anhand einer Präsentation in die Haushaltsvorlage der Verwaltung ein und begründete diese. Sie bat darum, dass eventuelle Fragen zum Haushalt bis zum 22.10.2021 bei der Verwaltung eingereicht werden.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt

Frau Haupt stellte fest, dass der Haushalt insgesamt hoch belastet ist und auch der freiwillige Bereich weiterhin ansteigt. Sie gab zu bedenken, dass dadurch verschiedene Projekte nicht befürwortet werden können. Sie erkundigte sich, wie die Verwaltung damit umgehen wird.

Des Weiteren fragte sie, wie eine finanzielle Umsetzung von neuen Projekten berücksichtigt wird.

Frau Brederlow sagte, dass die meisten Bereiche Pflichtaufgaben mit Rechtsansprüchen für einzelne Personen sind. Diese sind zu erfüllen, unbedeutend, ob die im Haushalt bestehenden finanziellen Mittel dafür ausreichen oder nicht.

Sie wies darauf hin, dass der Haushalt im Stadtrat beschlossen wird und erst mit der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht mit den vorhandenen Möglichkeiten agieren kann. Das bedeutet, dass hierzu Abwägungen notwendig sind.

Herr Kramer bedankte sich für die Darstellung der Jugendhilfeplanung und das Präventionskonzept im Haushalt. Er erwähnte, dass es bereits im Jugendhilfeausschuss eine Vorstellung des Instituts für Sozialplanung und Organisationsentwicklung gab. Dort führte man verschiedene Diskussionen über Personalstellen. Auf der Haushaltsseite des Fachbereiches 51 ist eine zusätzliche Stelle in der Gesamtplanung ersichtlich. Er fragte, ob die Empfehlungen des Institutes speziell zum ASD mitberücksichtigt worden. Des Weiteren erwähnte er die Stellenverteilung von Jugendpfleger*in den ISEK- Räumen.

Weiterhin erkundigte sich **Herr Kramer** über den Stand der Entwicklungen und über eventuell geplante Veränderungen. Er fragte, ob dabei der allgemeine finanzielle Haushaltsbereich mitbetrachtet wurden ist.

Frau Brederlow bestätigte, dass eine Stelle dazugekommen ist. Für das Jahr 2021 fand bereits eine Aufstockung der Stellen im ASD statt. Die damaligen Empfehlungen des Instituts für Sozialplanung und Organisationsentwicklung wurden hauptsächlich für den Bereich ASD ausgesprochen. Inzwischen werden auch andere Bereiche beachtet. Ein abschließendes Ergebnis wird Herrn Bürgermeister Geier im November vorgestellt.

Frau Brederlow sagte, dass ein Prüfungsergebnis zum Thema „Jugendpfleger*in“ ergab, dass keine 5 Stellen benötigt werden. Sie erwähnte, dass außer der wirtschaftlichen Jugendhilfe der allgemeine finanzielle Haushaltsbereich nicht mitbetrachtet wurden ist.

Herr Frolow fügte zum Thema „Jugendpfleger*in“ hinzu, dass die Untersuchungen basierend auf dem vorhandenen Datenmaterial durchgeführt wurden. Die Verwaltung prüft und erfasst aber weiterhin diesen Bereich.

Herr Döring bat um Mitteilung eines aktuellen IST-Standes für die Aufwendungen Hilfen zur Erziehung hinsichtlich der Haushaltsberatung für das Haushaltsjahr 2022.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Heym bemerkte zu den allgemeinen Haushaltsdiskussionen, dass ein erhöhtes Ringen um Fördermittel in diesem Ausschuss festzustellen ist. Die Stadt Halle (Saale) ist hoch verschuldet, aus diesem Grund greift das Landesverwaltungsamt entsprechend ein. Er bestätigte, dass sich der Jugendhilfeausschuss in erster Linie den Aufgaben der Jugendhilfe zu widmen hat.

Weiterhin stellte er fest, dass hauptsächlich über auffällige Jugendliche gesprochen wird. Er meinte, dass der Jugendhilfeausschuss auch über unauffällige Jugendliche sprechen sollte. Die Jugendlichen müssen den ersichtlichen Schuldenberg zukünftig begleichen. Er appellierte, dies beim persönlichen Bestreben für Fördermittel zu berücksichtigen. Das Landesverwaltungsamt sollte demnach als Unterstützer der gesamten Jugend betrachtet werden.

Frau Gellert äußerte sich positiv über die vorliegende Haushaltsvorlage. Sie bemerkte, dass aktuell Gespräche darüber geführt werden, dass das Land Sachsen-Anhalt 20% Schulsozialarbeit von den Kommunen einbinden möchte. Sie fragte, ob dafür Geld zurückgehalten wurde.

Des Weiteren bemerkte sie, dass finanzielle Mittel durch das Aktionsprogramm des Bundes Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche in 2021 und 2022 bestehen. Sie fragte, ob finanzielle Mittel aus dem Teilbereich Schule in den Teilbereich Freizeit einfließen könnten.

Frau Gellert teilte mit, dass in der Jugendhilfeplanung die Entstehung eines Familienzentrums in Trotha beschlossen wurde. Sie fragte, ob dies im Haushalt mitberücksichtigt wurde.

Weiterhin fragte sie, ob finanzielle Mittel auch für spontane Aufgaben zur Verfügung stehen. Es gibt in der Jugendhilfe häufige Vorgänge, die direkt behandelt werden müssen.

Frau Brederlow teilte zum Thema Schulsozialarbeit mit, dass keine 20 % zurückgehalten worden. Es besteht ein Haushaltsdefizit von mehreren Millionen Euro. Sie sagte, dass die Kommune auf den neuen § 13a im SGB VIII Schulsozialarbeit verweist. Sie erwartet vom Land Sachsen-Anhalt dazu eine klare Regelung.

Des Weiteren sagte sie, dass eine Umwidmung aus dem Bereich Schulen nicht möglich ist. Der BUND hat festgelegt, dass eine Hälfte dem Bereich Schule zur Verfügung steht. Die Schulen können dann die entsprechenden Mittel vergeben. Die andere Hälfte geht in den Bereich der Jugendhilfe.

Frau Brederlow sagte zum Sachverhalt Familienzentrums in Trotha, dass die Entstehung zwar in der Jugendhilfeplanung steht, aber verständlicherweise nicht im Folgejahr umsetzbar ist. Es müssen hierbei verschiedene Schritte eingehalten werden.

Zur Anfrage eventueller finanzieller Mittel für spontane Aufgaben, sagte **Frau Brederlow**, dass sich die Verwaltung an die bestehende Förderrichtlinie halten muss. Entsprechend dieser Förderrichtlinie wird auch gefördert.

Herr Frolow erwähnte die aktuelle Diskussion zum Thema Schulsozialarbeit. Er sagte, dass Kommunen, sich eventuell mit 20 % beteiligen sollen. Zu klären sei, ob die derzeit kommunal finanzierten Angebote der Schulsozialarbeit dafür vorgetragen werden können.

Frau Manser reagierte auf den Wortbeitrag von Herrn Heym. Sie bemerkte, dass der Jugendhilfeausschuss nicht der passende Ausschuss für Einsparungen ist. Sie betonte, dass es hierbei um Menschen und nicht um Gegenstände geht. Diese Art von Investition sollte man dabei unterscheiden. Sie fragte Herrn Heym, an welcher Stelle im Ausschuss überflüssiges Geld ausgegeben werde.

Herr Heym entgegnete, dass er seinen Wortbeitrag bezüglich des Landesverwaltungsamtes und der Anmerkung von Frau Haupt tätigte. Er meinte, dass im Ausschuss über neue freiwillige Leistungen diskutiert wird, die somit Debatten auslösen, wie die zukünftige Generation mit finanziellen Forderungen bzw. Überforderungen umgehen muss.

Herr Dr. Wend bemerkte, dass wir uns im Jugendhilfeausschuss befinden. Dieser umfasst alle Jugendliche, unabhängig aus welchen sozialen Schichten sie kommen. Er betonte, dass Sorgenkinder immer im Mittelpunkt stehen sollten.

Es gab keine weiteren Wortbeiträge.

Der Jugendhilfeausschuss einigte sich auf eine erste Behandlung zur Beschlussvorlage zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie den Beteiligungsbericht 2020 Vorlage.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2022 mit dem Haushaltsplan 2022.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2020 zur Kenntnis.

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsbeirat Halle (Saale)(VII/2021/02920)
Vorlage: VII/2021/03176**

Herr Steinke brachte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bildungsbeirat Halle (Saale)(VII/2021/02920) Vorlage: VII/2021/03176 ein und begründete diesen.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt nach Änderungen

Einzelpunktabstimmung für die Änderungen zum Punkt 2 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

- ~~jeweils ein/e GewerkschaftsvertreterIn der GEW und von Ver.di~~
mehrheitlich zugestimmt
- ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle
einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung des Bildungsbeirates Halle (Saale).
2. Der Stadtrat beruft folgende Personen / Institutionen für die Dauer von vier Jahren als Mitglieder des Beirates:
 - Stadtverwaltung Halle (Saale) - die Beigeordneten für Bildung und Soziales, Kultur und Sport, Stadtentwicklung und Umwelt
 - Agentur für Arbeit Halle
 - Jobcenter Halle
 - IHK Halle-Dessau

- HWK Halle
- Landesschulamt
- Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- LIGA der freien Wohlfahrtspflege
- Stadtjugendring Halle (Saale)
- Netzwerk freier Schulen
- Franckesche Stiftungen
- Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA)
- StadtElternRat
- StadtSchülerRat
- Stadelternvertretung
- Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.
- Netzwerk Umweltbildung
- 1 Vertreter/in der freien Kulturszene
- Stadtsportbund Halle e. V.
- science2public e. V. – Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation
- **jeweils ein/e GewerkschaftsvertreterIn der GEW und von Ver.di**
- ~~Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen~~
- **ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle**

Nach Ablauf der vier Jahre ist eine Neubesetzung zu beschließen.

3. Der Bildungsbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung zur Regelung seiner inneren Angelegenheiten.
4. Die Stadtverwaltung berichtet dem Stadtrat im Rahmen der Berichterstattung zur Umsetzung des Bildungskonzeptes für die Stadt Halle (Saale) ab dem 3. Quartal 2022 im jährlichen Rhythmus zur Arbeit des Bildungsbeirates.

zu 5.2 Bildungsbeirat Halle (Saale)

Vorlage: VII/2021/02920

Frau Brederlow führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Haupt erwähnte, dass der Bildungsbeirat den Stadtrat und damit auch die Ausschüsse berät. Sie fragte, welche Kompetenz diesem Bildungsbeirat zugeschrieben wird.

Frau Brederlow teilte mit, dass sich der Bildungsbeirat mit einzelnen Themen auseinandersetzen wird und somit auch Vorschläge entwickelt. Der Bildungsbeirat ist ein beratendes Gremium, die Verwaltung wird daher die Empfehlungen sehr ernst nehmen.

Herr Kramer bat um eine Einschätzung des Änderungsantrags der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale).

Herr Dr. Wend bemerkte, dass erst grundsätzliche Fragen zum Bildungsbeirat geklärt werden sollten. Er stellte fest, dass die Schüler und Jugendlichen im Bildungsbeirat nicht wirklich vertreten sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass der Stadtschülerrat vertreten ist.

Frau Schmidt sagte, dass die Anzahl von Mitglieder im Bildungsbeirat sehr umfangreich ist. Sie betonte die Wichtigkeit eines Vertreters des Allgemeinen Behindertenverbandes. Für sie ist jedoch unverständlich, warum ein Vertreter der Gewerkschaft im Bildungsbeirat sein soll, da es ausschließlich um aktive Akteure in der Bildung geht. Sie beantragte eine Einzelpunktabstimmung für die Änderungen zum Punkt 2 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale).

Herr Heym bemerkte, dass man die Anzahl der Mitglieder für den Bildungsbeirat endlos erweitern könnte. Der Bildungsbeirat ist für die Dauer von vier Jahren festgelegt, nach Ablauf dieser Jahre ist eine Neubesetzung zu beschließen. Es besteht somit, die Möglichkeit Änderungen bzw. Erweiterungen von Mitgliedern vorzunehmen.

Frau Franke befürwortete die Änderung hinsichtlich des Behindertenverbandes Halle.

Frau Brederlow wies nochmalig darauf hin, dass es nicht nur um Kinder und Jugendliche geht, sondern auch um lebenslanges Lernen. Sie sagte, dass ab dem 3. Quartal 2022 im jährlichen Rhythmus zur Arbeit des Bildungsbeirates berichtet wird.

Herr Starke sagte, dass er den Vorschlag der Verwaltung vertritt und die Ergänzung eines Vertreters des Allgemeinen Behindertenverbandes für sinnvoll hält. Die Aufnahme eines Vertreters der Gewerkschaft stimmte er ebenfalls zu, weil auch hier lebenslanges Lernen sehr relevant ist. Er stellte fest, dass zwei Vertreter der Gewerkschaft im Änderungsantrag erwähnt sind. Er regte an, nur ein/e Vertreter*in aus dem Bereich der Gewerkschaft aufzuführen.

Herr Steinke stimmte der Anregung von Herrn Starke zu.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass demzufolge eine Änderung zum Änderungsantrag vorliegt. Er verlass die Änderung zum Änderungsantrag.

- ~~jeweils ein/e GewerkschaftsvertreterIn der GEW und von Ver.di~~
- ~~Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen~~
- ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle

Es gab keine weitere Wortmeldung, sodass **Herr Dr. Wend** um Abstimmung bat.

Einzelpunktabstimmung für die Änderungen zum Punkt 2 der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

⊖ ~~jeweils ein/e GewerkschaftsvertreterIn der GEW und von Ver.di~~

mehrheitlich zugestimmt

○ ein Vertreter des Allgemeinen Behindertenverbandes Halle

einstimmig zugestimmt

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 6.1 **Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Prüfung der Außenflächen der Leopoldina Nationalen Akademie der Wissenschaften zur öffentlichen Nutzung**
Vorlage: VII/2021/02870
-

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V. über die öffentliche Nutzung von Teilen der Außenflächen am Standort Jägerberg 1, 06108 Halle (Saale) zu beraten. Denkbare wäre eine Nutzung nach Feierabend oder an Wochenenden als Freiflächen für junge Erwachsene. Die Verwaltung informiert den Stadtrat in der Sitzung am 29. September 2021 schriftlich über die Ergebnisse der Beratungen, insbesondere hinsichtlich Fragen der Nutzungsmöglichkeiten und -bedingungen sowie der Haftung.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Vorstellung Programm Projekt YouConnect

Herr Lau und **Herr Teschner** informierten anhand einer Präsentation zum Programm Projekt YouConnect.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session unter TOP 8.1 eingestellt.

Herr Lau wies auf den LINK zum Film Programm Projekt YouConnect auf YouTube hin.

<https://www.youtube.com/watch?v=eoMdl9SGtVk>

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8.2 Mitteilung Relaunch der Webseite Haus der Jugend

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen,

Anmerkung: Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 8.3 Herr Frolow zum Aktionsprogramm des Bundes "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche " in 2021 und 2022

Herr Frolow informierte zum aktuellen Stand des Aktionsprogramms des Bundes Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche in 2021 und 2022. Es besteht mittlerweile die Möglichkeit der Übertragbarkeit der finanziellen Mittel aus 2021 nach 2022 vorzunehmen.

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Gellert zur die Vernetzungsgruppe Süd

Frau Gellert erwähnte die Vernetzungsgruppe Süd. Dort wurde erläutert, dass Eigenleistungen bzw. Eigenanteile aufgebracht werden müssen, die aus eigenen Leistungen und eigenen Mitteln bestehen. Die freien Träger hatten während der Corona-Pandemie keine Einnahmen durch Miete oder Veranstaltungen. Sie betonte, dass die Träger es dadurch nicht geschafft haben, ihre Eigenmittel zu erwirtschaften.

Sie erkundigte sich, ob hierbei der Fachbereich Bildung unterstützen könnte.

Herr Frolow teilte mit, dass grundsätzlich die Berücksichtigung von eigenen Arbeitsleistungen möglich ist. Er bat darum, dies im Einzelfall bei den zuständigen Teams zu beantragen.

zu 9.2 Herr Döring zum Spielplatz im Seeben

Herr Döring erwähnte den in der Spielflächenkonzeption geplanten Spielplatz in Seeben. Dieser Spielplatz auf dem ehemaligen Friedhofsgelände hat einen großen Stellenwert laut der Prioritätenliste. Es wurde bekannt, dass sich die Errichtung des Spielplatzes verzögert. Er erkundigte sich, nach dem aktuellen Stand.

Frau Brederlow sagte, dass es eine Anfrage für den Planungsausschuss ist, diese aber trotzdem mitnehmen wird.

zu 9.3 Frau Gellert zur Eindämmungsverordnung bei Veranstaltungen

Frau Gellert erwähnte, dass einige Einrichtungen noch Veranstaltungen für Herbst/Winter 2021 planen. Sie fragte, ob es dazu neue bzw. einheitliche Corona Bestimmungen speziell für solche Veranstaltungen gibt.

Frau Brederlow sagte, dass hierbei die Eindämmungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt zuständig ist. Veranstaltungen können unter der Beachtung der aktuellen 3G Regel erfolgen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 10.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher wurde zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Dieser ist im Session eingestellt.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der nicht öffentlichen Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer